Saarlouis, Donnerstag, 1 Juli 1920

Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues und das angrenzende Lothringen.

Bezugspreis: Postbezugspreis M. — Mk. mit Bestellgeld M. 3.00 Mk. Anzeigenpreis für Postbezugsgebühren ab Abgabestelle 50 Pfg. in der Stadtmitte 1.— Mk. zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Für unverbindliche Anzeigen nicht übernommen. Anzeigenpreis für nichtzahlende Anzeigen 50 Pfg. zuzüglich 20% Teuerungszuschlag.

Nr 148.
49. Jahrgang

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an die Postanstalten. — In Saarlouis die Geschäftsstelle: Großstraße Nr. 4. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. — Fernsprecher: Expedition Nr. 9. Redaktion Nr. 82. Postscheck 19.

Religion ist „Privatsache".

Ach, die beiden Sozialisten! Sie wollen ja mit der Religion gar nichts! O, diese Guten, Braven! Wie sie versichert werden! Jahr, wie sie die Glimmen christlicher Arbeiter und Bauern für die Wahl einfangen wollen, ist ihnen die Religion zur Abwechslung mal unter „Privatsache". Jahre, wie die unchristlichen Sozialisten in ihren Versammlungen und Broschüren auf ihre Kirchlichkeit kennen; jahre, der sie auf ihren Parteiversammlungen beschwatzt; jahre, der ihre Parteipresse verspottet, weil, daß diese Bekämpfung unglaublich von großer Schmutzerei des ganzen Jahrhunderts ist. Es gehört in der Tat die unerhörte Frechheit und Dreistigkeit und Roheit dazu, bei den vielen Versuchen des Gegenteils, mit denen man ganze Bände füllen könnte, immer noch zu behaupten: „Alle Sozialisten sind für Religion Privatsache!" Wer ein religiöses Gefühl, der an seinen Gott und den Heiland nicht glaubt, braucht sich auch um die Wahrheit nicht mehr zu kümmern. Sagt doch jenes Genosse Kautsky: „Nein und Nein: „Dein Reich komme! Und man die Pflicht des Wahrhaftigkeit nicht anerkennt" und Genosse Gerber noch deutlicher: „Wir sagen es und heraus (also ja schamen sich nicht immer!) daß wir unsern Gegnern gegenüber weder treu noch ehrlich sein werden." Er geht dann auch jetzt wieder den Schmutz von Mund zu Mund: „Wir Roten wollen mit der Religion ja gar nichts, Religion ist eine Privatsache." Wie die Sozialdemokraten die Religion Privatsache sein sollen, das erfährt man aus der Dichtung des Genossen Erdmann, der 1910 in den Sozialistischen Monatsheften schrieb:

„Wir werden alles tun, um die Macht der Kirche, die alle und mächtige Feindin der Freiheit, zu brechen. In diesem Sinne ist uns Religion nicht Privatsache und wir wollen einen Sch. nicht Finger konfiszieren, der zu religionsfeindlichen Auslassungen über die Stellung zur Kirche und Religion Anlaß geben kann."

Das Blatt kann doch anders, als wenn der Genosse Kempster, der schon längst keine Kirche mehr besucht, bei den katholischen Saarbergleuten herumgeht, und, um den katholischen Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, seinen Mitmenschen in der Art herumschwatzte und rief: „Seid, ich bin ein guter Katholik. Religion ist mir Privatsache." Wie die Sozialdemokraten mit der Religion verfahren, das hat Bebel ganz offiziell und offen und frei im Reichstag erklärt, da er ausrief: „Auf religiösem Gebiet erstreben wir den Atheismus", das heißt die vollständige Gottlosigkeit" Und das Wort, das Genosse Erdmann im Jahre 1905 aussprach, ist unzweideutig, auch klar und eindeutig genug: „Wir machen gar kein Hehl daraus, daß wir der Religion feindselig gegenüberstehen, ob katholische oder evangelische, ist gleich." Und wer es immer noch nicht glauben will, der singe den Genossen Dr. Mannsbrecker, einer der christlichen unter den Anhängern der Sozialdemokratie, der dieser dann jetzt auch den Rücken gekehrt hat. In der Zeitschrift „Die Tat" schrieb er im Jahre 1910:

„Es ist ja keine Frage, daß die sozialistische Theorie von heute jeder überlieferten Religionslehre diese ablehnend gegenüberhält, wie sie es jemals getan hat, denn die sozialistische Theorie faßt auf den Entwicklungsgesetzen und auf der immanenten Weltbetrachtung (materialistische Auffassung ohne den Einschlag der Welt ohne Gott als allmächtigen Schöpfer). Daher ist die sozialistische Theorie unter allen Umständen Gegnerin jeder positiven Religion und jeder überlieferten kirchlichen Gemeinschaft."

Das ist doch unmöglich deutlich genug. Deren Ihre sich nicht bieten und deuteln. Selbst die Sozialistische Zeitung Gel am 11. November 1907 gestanden, daß der Satz: „Religion ist Privatsache" aus dem Erfurter Programm nicht die Stellungnahme der Sozialisten zur Religion festsetzen soll, sondern eine Forderung enthalte, welche der Sozialismus von den Besitzern der dazugehörigen Staaten verlangt. Sie schreibt:

„Wer einen Satzungsatz „Religion ist Privatsache" in ein Programm (Erfurter) nicht einhalten, vielmehr wenigstens Punkt 6 Stellung der Religion zur Privatsache (vom Seiten des Staates), d. h. doch nichts anderes, als die Religion soll eine Privatsache werden. Sie ist es noch nicht. Noch ist sie Staatssache, ein Instrument in den Händen derjenigen, die den Staat beherrschen."

Hier wird der riesengroße Schwindel offen und ehrlichen eingestellt. Also ein Erfurter Programm heißt gar nicht „Religion ist Privatsache", sondern Worten „Der Sozialismus betrachtet die Religion als Privatsache", eigentlich heißt ein Erfurter Programm „Erklärung der Religion zu Privatsache", d. h. die Sozialdemokraten verlangen, daß der bürgerliche Staat jegliche Religion aus dem Staatsleben und der Schule verbanne. Heißt das wirklich: Sozialisten ist die Religion Privatsache? Gerade das Gegenteil heißt es.

Was übrigens die Sozialisten zu halten ist, die in Stadt und Land herumlaufen und schreien: „Religion ist Privatsache", das hat der Genosse Karl Kautsky in folgenden Worten ausgedrückt: „Aber den wirklich religiösen Menschen kann die Religion niemals Privatsache sein, sondern sie ist stets die wichtigste gesellschaftliche Angelegenheit. Wo die Religion zur Privatsache wird, ist das religiöse Denken bereits im Abgang begriffen." Man wissen nun also, wenn wir hier den Beiten sind, die immer rufen: „Religion ist Privatsache", nach dem Urteil Karl Kautskys ist es mit ihrer Religion nicht mehr weit her, Religion ist ihnen nicht Privatsache, sondern — — Luft, Blasphemie, Wunsch!

Und solche Leute sollen wir am 11. Juli wählen?

Niemals!

Die neue Grundschule.

Nach christlicher Auffassung haben die Eltern das Recht und infolgedessen auch die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß ihre Kinder in christlichem Sinne erzogen und unterrichtet werden. Daher ist es für jeden Vater und jede Mutter von großer Wichtigkeit, die Gesetzgebung des Staates auf dem Gebiete der Schule zu verfolgen, um Einspruch zu erheben, wenn der Staat in ihre Rechte eingreift. Im Artikel 145 unserer neuen Reichsverfassung ist ausgesprochen, daß das niedere und höhere Schulwesen auf einer Stufe gemeinsamen Grundgesetze sich entwickeln soll. Da wir in Deutschland die allgemeine Schulpflicht haben, deren Erfüllung gewährleistet die Volksschule dienen soll, so muß die gemeinsame Grundschule einen Teil der Volksschule bilden. Sie dient zunächst den Aufgaben der Volksschule, bildet aber zugleich auch den Unterbau für das niedere und höhere Schulwesen. Auf Grund dieses Artikels 145 ist am 19. April 1920 das erste Gesetzgebung über die Reichsangelegenheiten verabschiedet worden. Mindest Jahre die Grundschule dauern soll, bestimmt hat das neue Gesetz keine Entscheidung getroffen. Sicher ist nur, daß sie nicht weniger als 4 Jahre umfassen darf. In besonderen Fällen, z. B. in Grenzgebieten, wo fremdsprachige Schüler wohnen, noch man noch mit einer Dauer von vier Jahren nicht auskommen.

In Zukunft werden alle alle Kinder, Mädchen wohl wie Knaben, diese Grundschule besuchen müssen. Weiter bestimmt das Gesetz, daß die bestehenden Privatschulen und Vorbereitungsklassen aufgehoben sind. Für diese Anstalten, namentlich für unsere Privatschulen, bedeutet die gesetzgeberische Aufhebung der Vorbereitungsklassen eine große Härte, und ein sind daher den Zentrum zum Teil verpflichtet, daß es durch einen Antrag dieser Schwierigkeiten gemildert hat. Wenn sich durch diese Auflösung aber den Eltern erhebliche wirtschaftliche Nachteile für die Lehrkräfte ohne die ihre berufsangehörigen erwachsen, so ist aus öffentlichen Mitteln eine Entschädigung zu gewähren, aber damit sind öffentliche Mängelhaften die Ausgleich zu schaffen. Auch hat das Gesetz einen allgemeinen Mißbrauch der Vorbereitungen zu beseitigen als es erlaubt ist, in jedem Jahre nur eine Klasse vorzubereiten, sodaß erst mit dem Schuljahr 1924/25 die Vorbereitungen ihr Ende gefunden haben werden.

Für die privaten Vorschulen ist die Abbauzeit bis zum Jahre 1924/25 verlängert worden.

Eine weitere Milderung erfuhr der § 4, der lautet: „Privatunterricht für irgendwo Kinder über gemeinsamer Unterricht für Kinder mehrerer Familien, die sich zu diesem Zweck zusammenschließen, darf an Stelle des Besuchs der Grundschule nur ausnahmsweise in besonderen Fällen angeordnet werden." Solche Ausnahmen liegen in den Gesundheitszustand eines Kindes, in außergewöhnlich weiten Schulwegen und sonstigen Umständen. Auf den Unterricht körperlich oder geistig anormaler Kinder werden die Bestimmungen des Schulgesetzes nicht anzuwenden.

Es wird also nun jetzt ab die Volksschule die Regel und die Privatunterricht die Ausnahme bilden; dadurch, somit durch die Errichtung der Grundschule in unserm wahrhaft sozialen Empfinden Rechnung getragen. Daß andererseits namentlich der weiblichen Jugend in den Großstädten durch den Besuch der allgemeinen Volksschule gesundheitliche und sittliche Gefahren drohen, ist nicht von der Hand zu weisen. Müttern und Lehrerinnen und besonders die Aufgabe erwachsen, diese Gefahren nach Möglichkeit zu mindern, damit der gesunde Gedanke, aus dem das Gesetz entstand, für das Leben unseres Volkes fruchtbar gemacht werde.

Dr. Helene Rosenstock.

Politische Uebersicht

Deutschland.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

Der neuen Reichstagsparlamentes erster großer Tag. Vor dem Hauptportal des Reichstagsgebäudes stand sich die unübersehbare Menge, Beifall auf Beifall rollt heran, sie bringen den deutschen Reichen von ernannte Minister. Drinnen im Hause noch's erwartungsvoll. Die Boten des Volkes eilen geschäftig in den Wandelgängen umher und halten Zwiegespräche über die kommenden Dinge. Auf den Tribünen ist ein dichtes Gedränge. Nach am Pioniere sind die reisigen Streiter und Vertreter des Volkes zahlreich vertreten. Die Ministerbank weist in Gegensatz zu den Vorjahren keine Lücke auf. Auf der Platz des Ministerpräsidenten Fehrenbach ist noch leer. Die Glocken schrillen durch's Haus. Die Stunde ist da, in der das neue Kabinett dem deutschen Volke präsentieren soll. Der Reichskanzler Fehrenbach kommt gemächlich Gestalt erscheint in Saale. Präsident Loebe schwingt die Glocke. Das Gemisch und Gurren im Hause verstummt. Das Haus ist erwartungsvoll gespannt. Der Präsident des Reichstages erteilt sofort dem Reichskanzler das Wort zu einer Erklärung der Regierung. Noch nie waren Fehrenbachs Worte so ernst wie heute, da er zum ersten Male vor dieser Stelle aus dem deutschen Volke Rede gab zum Schaue und seiner Mitarbeiter einhelligen Willen und seinen Bekenntnis, für der Volkes Wohl zu arbeiten. Wärmer jeine Haltung, ernst sein Antlitz und gedämpft seine Sprache! Mögen diese Worte dazu beitragen, daß in die unversöhnlichen Eden das deutsche Volkes und die Klaft tragen, die wir alle ersehnen. Die Einleitung und den Schluß seiner Rede sprach Fehrenbach frei in gedrängter reichsrischer Rednerung, das Mittelstück las das Programm der Regierung vorhalt. Die es ab, daß kein Wort einen anderen Sinn erhielte, als wie ihn der Redner beabsichtigt wissen wollte. Am schwierigsten Stellen wurde der Redner langsamer, eindringlicher und ausführlicher. Die Wirkung seiner Ausführungen war stark, offenbar unerwartet von jedweder Fraktionsseite. Der größten Teile der Sozialdemokraten rief in gedämpfter Stimmung und Unruhe sich fort, wie man's aus Ihnen wohl anders erwarten konnte. Aber auch die Klassen der Unabhängigen, die werden noch der entfesselten Stimme wohl gerecht. Gottes Lieg nicht in dem Rufer. Und ja müssen den Ihrigen dennoch zeigen, daß sie noch da sind. Fehrenbach betont, daß das von ihm verfaßte Programm von der Mehrheitsparteien Zustimmung aller Kabinettsmitglieder gefunden werde. Die Hauptpunkte des Programms sind: Wiederaufbau, Ordnung und Arbeit, noch außen ein Friede, Verständigung und Erfüllung des Versailler Vertrages, soweit es in den Kräften des deutschen Volkes steht. Dann, so führte der Kanzler aus, noch Innerhalb des Vertrages werde es das Streben des deutschen Volkes sein, die ihm auferzwungenen Verpflichtungen soweit wie möglich zu erfüllen. Er betonte den ehrlichen Willen der deutschen Regierung zu weiterer Friedensliebe. Vor allem müsse das große Mißtrauen, das die Völker immer noch gegen ihr gegenseitiges Achtung kommen lasse, schwinden. Wer es leistet, der verständigt sich an ganz Europa. Vor allem aber möge der Friede zu der Einsicht kommen, daß die Arbeitsfähigkeit Deutschlands nicht zerstört werden dürfe. Wir müssen wirtschaftlich wieder genesen. Den Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes auf dem Boden der republikanischen Staatsform weiterführen, sei der erste Wille der Regierung. Er fordere alle Parteien auf, wo es um Leben und Sterben der Nation gehe, verfassungsrechtliche Kämpfe zurückstellen zu lassen. Jeden Versuch zur Erschütterung einer Klassenherrschaft lehne die Regierung ab, denn ihr Ziel sei eine Politik der Versöhnung, Nation- und Klassenhaß sind fremde und vollständige Verzweiflung werde sie bekämpfen. Darum appelliere er an das gesamte deutsche Volk, den schreckenvollen Kampf im Innern nicht fortzusetzen, denn wer könnte einen Bürgerkrieg verantwortlich? Mißtrauische Ausgabe sei es, die Sicherung der bewährten Zeugnisse, die Wiederherstellung der sandwirtschaftlichen Produktionskraft, die Fortführung der sozialen Reformen, die Hebung des landlichen Siedlungswesens und der Ausbau der durch das Betriebsrätegesetz in Angriff genommenen Pläne für den Reichswirtschaftsrat. Es sei der ernste Wille der Regierung, nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern mit ihr zu regieren.

Pressestimmen zur Reichstagserede.

* **Berlin**, 30. Juni. Die meisten Abendblätter heben hervor, daß der äußere Eindruck der Programmrede des neuen Reichskanzlers recht günstig war. Die gute Aufnahme sollte nicht. Wenngleich gewisse zu nachhaltender Widerspruch erfolgte, so überwog doch weit der freundliche Grundton im Verhalten des Hauses.

Kinder des Rheines.

Ein Roman vom Rhein von **Anny Wotha**.
Copyright 1918 by Walter-Wahr, Leipzig.
53) (Nachdruck verboten.)

Im Hotel Royal am Rheinufer hatten sie gespeist, Gerdes wollte es nicht anders. Sie gerieten ihrem Manne ins Ohr und sagte lachend:

„Du Schinger, erzähle mal dem Baron, welche Not ich habe, Mir eine nach Esplanade in Koblenz zum Versicherungsschwanz zu schleppen. Es lag genau wie dieses Heim am Rheinufer, und wir tranken Sekt auf der Terrasse."

„Kurm," sagte Jochen ungeduldig, „zur Besatzung wahrscht du mich schleppen? Ich ist doch von Nürnberg gänzlich allein, wie verrückt."

„Nu, laßen nämlich in Nuta," belehrte Gerdes und dann erzählte er ausführlich ihre Verlobungsgeschichte und sprach warm von ihrem gütigen Vater, der immer nur für das Glück seiner Kinder besorgt sei.

D., meinte Rochus, hätte ihm wieder ein verständnisloseres Bild gemalen.

Von Gerdes erzählte sie bloß. Die Schwester lebe ganz für sich und Rochus wagte nicht zu fragen: Wie? Nach von Gerdes erzählte sie, daß sie eifrig lerne und daß sie die Freundin ab und zu in Koblenz besuche. Seiner hätte sie die Gründung an ihrer Seite abgelehnt. Ihr Bruder sei wieder auf einer großen Ingenieurreise im Ausland. Von dem Herzle wieder er nicht gewaltsam, man wollte er auch bitteren. „Leider versteht er mir nicht, wer die schwarzseherne ist. Aber weiß es mir nicht, wer die schwarzseherne ist. Aber weiß es mir nicht, wer die schwarzseherne ist. Aber weiß es